

Krieg?

Nicht mit uns!



Gemeinsam gegen den Krieg

Kriegsdienstverweigerer aus Russland und der Ukraine

„Hiermit schließen wir unseren Friedensvertrag! Frieden heißt ‚MIP‘ (Mir) auf russisch und ukrainisch. Der Begriff bedeutet auch ‚Welt‘. Frieden der Welt!“

Jewgenij Arefiev (links) ist Kriegsdienstentzieher aus Russland und aktiv bei der DFG-VK Münster

„Die Menschen in der Ukraine und Russland, aber auch die Menschen hier werden betrogen, wenn von der Möglichkeit militärischer Siege gesprochen wird. Überall verlieren Menschen im Krieg.“

Andrii Konovalov (rechts) ist Kriegsdienstverweigerer aus der Ukraine. Er studiert in Köln.



14. Mai 2024 in Frankfurt/Main

Krieg ist kein Naturereignis

Zaira Zafarana ist International Advocacy Coordinator bei Connection e.V.

Zaira Zafarana

Die schreckliche Eskalation von Tod und Zerstörung im Gazastreifen, im Libanon, in der Ukraine und auf so vielen anderen Kriegsschauplätzen macht uns bewusst, dass Krieg Teil unserer Gegenwart ist. Es zeigt aber vor allem, dass Krieg Horror und Schrecken bedeutet, egal aus welcher Perspektive wir ihn betrachten. Er ist keine Lösung, er kann es nicht sein, denn er zerstört, trennt, löscht aus und hinterlässt nur materielle, moralische, kulturelle, soziale, politische und menschliche Ruinen. Wenn wir uns die wirtschaftliche Seite des Krieges betrachten, sehen wir: Einerseits wird die Wirtschaft eines Landes mitsamt seiner Infrastruktur zerstört, andererseits sind die Gewinne aus der Produktion und dem Verkauf von Waffen und die Investitionen für den Wiederaufbau sehr hoch. Krieg ist kein Naturereignis. Krieg ist eine von Menschen geplante, unterstützte, finanzierte und aufgezwungene Entscheidung. Das „NEIN zum Krieg“ ist daher ein bewusstes und gewolltes Nein. In vielen Ländern, vor allem in solchen, in denen Krieg herrscht, gibt es Menschen, die ihr Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung wahrnehmen, die sich nicht an den Verbrechen eines Krieges beteiligen wollen, die sich weigern, ein Gewehr in die Hand zu nehmen, zu töten und getötet zu werden. Seit 2022 ist die #ObjectWarCampaign aktiv. Ihr Ziel ist es, europäische Institutionen und einzelne Länder dazu zu bringen, russischen, belarussischen und ukrainischen Kriegsdienstverweiger*innen

und Deserteur*innen Schutz und Asyl zu gewähren. Viele von ihnen suchen im Ausland Zuflucht, weil in ihren Heimatländern das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ausgesetzt ist oder schwer verletzt wird.

Im Mai dieses Jahres wurde eine neue internationale Initiative von Connection e.V., War Resisters' International und dem Europäischen Büro für Kriegsdienstverweigerung ins Leben gerufen: #RefuseWar. Es handelt sich um eine globale Aktion zur Unterstützung des Friedens und zur Ablehnung von Krieg und allem, was damit zusammenhängt - von Militärausgaben bis zur Waffenproduktion. Auf ei-



Zaira Zafarana

ner interaktiven Karte auf www.refusewar.org kann die Weltkarte mit kurzen Statements gefüllt werden: „Ich verweigere... Ich setze mich ein für...“. Es ist ein virtueller Ort der Welt, um gegen den Krieg und für den Frieden zu demonstrieren! Die internationale Solidarität bleibt zusammen mit einem deutlichen Eintreten für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung ein wesentliches Element, um diejenigen zu unterstützen, die sich der Teilnahme an einem Krieg verweigern, und um zu einer Änderung des Systems beizutragen.

Wir alle können etwas dafür tun!



Georgien

Ein unsicheres Land für viele Geflüchtete

In Tbilisi in Georgien treffen wir Igor, Vlad, Maria, Dari und Tatjana. Sie alle kommen aus Russland und sind vor einem Kriegseinsatz und vor möglichen Repressionen nach Georgien geflohen.

Nicht alle, die wir dort treffen, geben uns ihren echten Namen an. Zu unsicher ist die Situation, gerade für russische Dissident*innen, oder auch Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen.

Die Organisation Idite Lesom, die Deserteur*innen dabei hilft, Russland zu verlassen, berichtet, dass mit dem vor wenigen Monaten in Georgien verabschiedeten Gesetz gegen die Einflussnahme aus dem Ausland ihr Risiko deutlich gestiegen ist: „Nun gibt es auch hier Straftatbestände, die denen in Russland entsprechen. Und damit ist von heute auf morgen eine Auslieferung möglich. Viele aus unserer Gruppe sind unverzüglich ausgeweisert.“ Glücklicherweise fanden sie Aufnahme in einem westeuropäischen Land um ihre Arbeit fortzusetzen.

Über 70.000 Migrant*innen aus Russland befinden sich in Georgien. Russische Staatsbürger können nach wie vor ohne Visa einreisen. Aber die Skepsis gegenüber dieser Gruppe von Migrant*innen wächst. Grund dafür, so konnten wir immer wieder hören, sind die Folgen der Migration. Zehntausende kamen nicht nur aus Russland, sondern auch aus der Ukraine. Die Mieten und Lebenshaltungskosten stiegen deutlich. Hinzu kommt, dass die von Russland militärisch unterstützten Abspaltungen von Abchasien und Süd-Ossetiens tiefe Spuren hinterlassen haben.

Arbeit aus dem Exil

Viele stellen sich die Frage, wie denn die russischen Exilorganisationen tatsächlich Menschen aus Russland noch helfen können? In der Tat sind die meisten Aktiven aus Russland in den unterschiedlichsten Ländern Westeuropas. Die Sozialen Medi-



In der Hauptstadt Tbilisi

en wie auch verschiedene Messengerdienste wie Telegram oder Signal bieten aber Möglichkeiten, weiterhin online Beratung anzubieten, die auch in Russland wahrgenommen werden kann. Und die Bewegung für Kriegsdienstverweigerung Russland hat umfangreiches Beratungsmaterial

„Wir wollen niemanden unterstützen, der an Kriegsverbrechen beteiligt ist. Deshalb fragen wir genau nach.“ Vlad

und Handreichungen vorbereitet, wie eine Rekrutierung zum Militär und in den Krieg vermieden werden kann.

Andererseits, wie InTransit, beschäftigen sich damit, wie auch Deserteur*innen Zugang nach Westeuropa erhalten können. Bisher hatten Deutschland und Frankreich lediglich politisch Aktiven mit entsprechenden Nachweisen ihrer Aktivitäten und über mögliche Strafverfolgung humanitäre Visa ausgestellt. Nun gab es die erste Meldung, dass Frankreich auch sechs Deserteur*innen die Einreise gestattet hat. Ein Aktiver der Bewegung für Kriegsdienstverweigerung stellt uns in Tbilisi ein neues Projekt der Organisation vor. Nach ihren Schätzungen sind zumindest 100 russische Deserteur*innen nach Armenien gegangen, 300 leben in Georgien. Ihre Situation ist schwierig, da sie keinen auf Dauer sicheren Aufenthalt haben. Wer über längere Zeit in Georgien bleiben will, muss mindestens ein Mal im Jahr aus-

und wieder einreisen und die Grenzbehörden haben bereits angefangen, russischen Oppositionellen die Wiedereinreise zu verweigern.

Die Bewegung für Kriegsdienstverweigerung will mit ihrem Projekt zum einen Deserteur*innen Ersthilfe anbieten, etwas

Geld geben und auch Tipps, wo sie unterkommen können. Langfristig wollen sie sie dabei unterstützen, humanitäre Visa zu erhalten oder aber auch eine Perspektive in Georgien bzw. Armenien aufzubauen. Weitergehende Hilfe bietet die Organisation nur denjenigen an, die sich einer Überprüfung unterziehen. „Wir wollen niemanden unterstützen, der an Kriegsverbrechen beteiligt ist. Deshalb fragen wir genau nach und prüfen die Angaben.“ Zuletzt besuchten wir noch ein Safe House für Dissident*innen aus Russland und Geflüchtete aus der Ukraine. Dort leben bis zu 25 Personen gemeinsam in einem Haus. Sie bieten damit auch neu Ankommen einen befristeten Schutz. Einige, die das Haus organisieren, sind schon seit Beginn des Krieges dort. Viele kommen nur vorübergehend, immer mit der Hoffnung, weiterwandern zu können in ein Land, wo es wirklich sicher ist und wo sie sich eine Zukunft aufbauen können.

Russland

Unzureichender Schutz

Seit Februar 2022 haben etwa 5.400 russische Männer im Alter zwischen 18 und 45 Jahren in Deutschland Asyl beantragt. Der Großteil von ihnen wurde abgelehnt. Dabei entziehen sie sich einem völkerrechtswidrigen Kriegseinsatz.

Grundsätzlich gilt die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerung und Desertion nicht als Asylgrund. Die Rechtsprechung verweist darauf, dass es sich bei der Militärdienstpflicht um eine allgemeine staatliche Pflicht handelt. Die Strafverfolgung von Verweigerung sei daher legitime staatliche Handlung.

Allein im Falle russischer Deserteur*innen sieht das Bundesinnenministerium das seit Mai 2022 anders. Da die meisten Asylanträge nicht von Deserteur*innen gestellt wurden, sondern von Militärdienstpflichtigen, die sich frühzeitig jeder Rekrutierung entzogen haben, kann aber nur ein kleiner Teil davon profitieren.

Aktuell liegt dazu ein Urteil des OVG Berlin-Brandenburg vor (AZ 12 B 17/23). Das bestätigt die Praxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, diese Gruppe von Flüchtlingen abzulehnen.

Es geht in dem Fall um einen jungen Mann, der keinen Militärdienst in Russland abgeleistet hat. Das Gericht geht zwar davon aus, dass er zum Militärdienst rekrutiert werden könnte, das stelle aber keine

Gefährdung dar. Er würde als Militärdienstpflichtiger „nicht beachtlich wahrscheinlich in der Ukraine und damit in einem völkerrechtswidrigen Krieg eingesetzt“ werden. Artyom Klyga, Leiter der Rechtsabteilung der Bewegung für Kriegsdienstverweigerung Russland, widerspricht: „Nein, Männer können auch ohne vorherige Ableistung des Militärdienstes mobili-

„Das Bundesamt lehnte meinen Asylantrag ab. Das ist wirklich enttäuschend.“

Nikolai Goriachev

siert werden. So wurde z.B. ich persönlich zur Mobilisierung aufgerufen, obwohl ich vom regulären Militärdienst befreit bin.“

In der Europäischen Union sollen Personen geschützt werden, die sich völkerrechtswidrigen Handlungen verweigern und Verfolgung befürchten müssen. Die Rechtspraxis sieht dies aber nur als Ausnahmeregelung. Die Regelung wird mit der Definition der „beachtlichen Wahrscheinlichkeit“ ausgehebelt.

Das ist nicht hinnehmbar. Aus dem Völkerrecht ergibt sich eine Verpflichtung sich nicht an einem Angriffskrieg oder Kriegsverbrechen zu beteiligen. Wenn es diese Pflicht zur Verweigerung und Entziehung gibt, dann müssen Personen auch Schutz erhalten, wenn ihnen Verfolgung droht.

Türkei

Teufelskreis der Verfolgung

Schon mehrfach wurde die Türkei vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt und aufgefordert, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung anzuerkennen.

Die Reaktion der türkischen Regierung war eine Gesetzesänderung, mit der gegen eine Zahlung von mehr als 5.000 € der Militärdienst verkürzt werden kann - von

klärt und sehen sich nun einem Teufelskreis der Verfolgung ausgesetzt.

Die Türkei ist ein Land, in dem immer wieder Kontrollen stattfinden. Busse werden überprüft, es gibt Kontrollstellen an den Straßen, Hotels haben die Daten der Gäste an die Polizei zu übermitteln. Wer nicht beim Militär ist oder bereits den Militärdienst abgeleistet hat, fällt schnell auf.

So berichtete die Gazete Duvar im Oktober 2024: „Şendoğan Yazıcı erklärte 2010 seine Kriegsdienstverweigerung und

sah sich in den vergangenen 14 Jahren mit zahlreichen Prozessen konfrontiert. Er hat derzeit 14 laufende Verfahren und wurde am 11. September erneut von der Gendarmerie zum Verhör vorgeladen. Er ist wegen Distanzierung des Volkes vom Militär, Verstößen gegen das Militärgesetz und der Beleidigung der Republik Türkei angeklagt.“ Es ist ein Kreislauf der Verfolgung aus Meldung, Verweigerung, Geldstrafe und bei mehrmaliger Wiederholung auch Haftstrafen. Einige Kriegsdienstverweiger*innen haben über die Jahre mehr als 20 solcher Strafmandate erhalten. Um das Geld einzutreiben, werden ihre Konten gesperrt. Sie dürfen nicht legal arbeiten. Sie sind nicht sozialversichert. Der Europäische Gerichtshof nannte die Verfolgung der Kriegsdienstverweigerung in der Türkei bereits 2006 einen „Zivilen Tod“. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Die Kriegsdienstverweiger*innen haben sich zusammengeschlossen in der Beobachtungsstelle Kriegsdienstverweigerung. Die Initiative dokumentiert ihre Situation, bringt Verfahren bis vor den Europäischen Gerichtshof und wird im nächsten Jahr bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen berichten. Eine Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung ist schon lange überfällig.

Ukraine

500 Verfahren bei Verweigerung

Die Zahl der neuen Strafverfahren gegen Kriegsdienstverweiger*innen ist seit Sommer 2024 sprunghaft angestiegen, berichtete das Nachrichtenmagazin Forum 18.

Insgesamt sind seit der russischen Invasion in die Ukraine gegen mehr als 500 Kriegsdienstverweiger*innen Strafverfahren eröffnet worden. Seit Februar 2022 dürfen Männer zwischen 18 und 60 Jahren das Land nicht mehr verlassen. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung wurde ausgesetzt. Den Verweiger*innen drohen Haftstrafen von drei bis fünf Jahren. Zudem gibt es willkürliche Inhaftierungen und Misshandlungen.

Diese Situation beunruhigt auch viele ukrainische Militärdienstpflichtige, die vor allem in die Europäische Union geflohen

sind. Sie befürchten, dass sie dazu gezwungen werden könnten, in die Ukraine zurückzukehren. So hatte z.B. das hessische Sozialministerium erklärt, dass es ihnen „zumutbar sei, in die Ukraine zu reisen und der Wehrpflicht nachzukommen“.

Offensichtlich soll mit solchen Äußerungen Druck erzeugt werden. Kein Wort davon, dass das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung in der Ukraine missachtet wird.

Dabei gilt nach wie vor der Beschluss der Europäischen Union, dass alle ukrainischen Staatsbürger einen befristeten humanitären Aufenthalt bis März 2026 erhalten. Noch besteht also ein Schutz der Betroffenen. Aber es wird eine entscheidende Frage sein, wie die Politik in Zukunft damit umgeht.



#OBJECT WAR CAMPAIGN

Solidarität mit Allen, die den Kriegsdienst verweigern oder desertieren!

#ОтпорВойне
#ВідмовВійні

Aufruf zur Demonstration

Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht! Überall!

Zum Internationalen Tag der Menschenrechte: Auf zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Sa., 14. Dezember 2024 ab 13 Uhr in 90402 Nürnberg, Kornmarkt

Lasst uns lautstark und sichtbar gegen Krieg und Abwehr von Geflüchteten demonstrieren





Israel

Hunderte verweigern Dienst in der Armee

„Verweigerung bedeutet, der israelischen Gesellschaft einen Spiegel vorzuhalten, vor allem um zu zeigen, dass es möglich ist, sich der militaristischen Todesmaschinerie und dem Kreislauf des Blutvergießens zu widersetzen.“

Das erklärte der 18-jährige Oryan Mueller kurz vor seiner Verurteilung als Kriegs-

Anliegen, mit ihrer Aktion die Öffentlichkeit zu erreichen. Sie wenden sich auch direkt an die Palästinenser*innen, wie Oryan Mueller: „Mit meiner einfachen Tat möchte ich mich mit Ihnen solidarisch erklären. Ich vertrete zwar nicht die Mehrheitsmeinung in meiner Gesellschaft. Aber ich hoffe, mit meiner Aktion die



Yuval Moav, Itamar Greenberg und Oryan Mueller (von links). Foto: Oren Ziv

dienstverweigerer gegenüber dem online-Magazin +972. Angesichts eines Krieges Israels gegen Gaza und nun auch gegen den Libanon, eine Antwort der israelischen Regierung auf den Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023, verweigern sich immer mehr dem Dienst in der israelischen Armee.

Oryan Mueller ging im August diesen Jahres nicht alleine zum Rekrutierungsbüro in Tal Hashomer. Begleitet wurde er durch zwei weitere Kriegsdienstverweigerer, Yuval Moav und Itamar Greenberg. Alle drei meldeten sich ordnungsgemäß beim Militär und erklärten dort ihre Verweigerung. Dann wurden sie zu jeweils 30 Tagen Haft verurteilt. Einen Monat später folgte eine erneute Verurteilung.

In Israel sind Männer und Frauen wehrpflichtig. Jedes Jahr verweigern einige Dutzend die Ableistung des Militärdienstes und riskieren dafür mehrmalige Haftstrafen. Andere versuchen sich ausmustern zu lassen oder unterliegen als Palästinenser*innen mit israelischer Staatsbürgerschaft gar nicht der Wehrpflicht. Die israelische Organisation New Profile geht davon aus, dass nur etwa die Hälfte eines Jahrgangs tatsächlich den Militärdienst bis zum Ende ableistet. Den Verweiger*innen ist es ein wichtiges

Stimme derjenigen zu stärken, die auf den Tag warten, an dem wir eine gemeinsame Zukunft aufbauen können, die auf Frieden und Gleichheit beruht.“

Verweigerung im Militär

Weitere Stimmen gegen den Krieg kommen von Reservist*innen und Soldat*innen. 40 Reservist*innen hatten im Juni 2024 einen öffentlichen Brief unterzeichnet und erklärt: „Wir sind Reservesoldat*innen, die seit dem 7. Oktober zum Dienst einberufen worden sind. An diesem Morgen erwachten wir mit dem Blick auf ein schreckliches und wahlloses Massaker, bei dem Hunderte von Zivilist*innen ermordet und entführt wurden. Wir haben uns aus einem tiefen Gefühl der Verpflichtung und Notwendigkeit heraus gemeldet. Während wir diesen Brief schreiben, hat die Invasion in Rafah begonnen. Diese Invasion gefährdet nicht nur unser Leben und das von unschuldigen Zivilist*innen in Rafah, sondern wird auch die Geiseln – deren Rettung einer der Hauptgründe für unseren Einsatz war – nicht lebend zurückbringen. Es heißt entweder Rafah oder die Geiseln, und wir entscheiden uns für die Geiseln.“ Mit einer ähnlichen Begründung folgte im

Oktober 2024, ein Jahr nach dem Beginn des Krieges, eine weitere Verweigerungserklärung von mehr als 140 Soldat*innen und Reservist*innen. Auch sie wenden sich gegen die Fortführung des Krieges, weil es das Leben der noch verbliebenen Geiseln gefährdet: „Wir, die wir mit Hingabe gedient haben und weiterhin dienen und dabei unser Leben riskieren, kündigen hiermit an, dass wir unseren Dienst nicht fortsetzen können, wenn die Regierung nicht sofort ihren Kurs ändert und auf eine Einigung hinarbeitet, um die Geiseln nach Hause zu bringen. Für einige von uns ist die rote Linie bereits überschritten, für andere rückt sie rasch näher: der Tag, an dem wir uns mit gebrochenem Herzen nicht mehr zum Dienst melden werden.“ Premierminister Benjamin Netanyahu hat unverzüglich harte Maßnahmen gegen sie angedroht.

Lange Tradition

Es wiederholt sich eine Erfahrung aus den vorherigen Kriegen gegen den Libanon 1982 oder auch 2006. In beiden Fällen hatten Hunderte von Reservist*innen den Dienst verweigert und so zumindest dazu beigetragen, den Krieg zu beenden. Viele weitere Verweigerungen gab es in den letzten Jahrzehnten wegen der andauernden Besetzung der Westbank. So wurden in dieser Zeit Gruppen wie Yesh Gvul (Es gibt eine Grenze), New Profile, Mesarvot oder auch das Refuser Solidarity Network gegründet, die Verweiger*innen in ihrer Öffentlichkeitsarbeit und bei Verfahren unterstützen.

Es folgten weitere Verweigerungswellen, die aber nicht verhindern konnten, dass eine rechtsgerichtete Regierung einen strikten Kriegskurs verfolgt und auf die Angriffe von Hisbollah und Hamas nur mit militärischen Aktionen reagiert. Yuval Moav sagt dazu: „Es ist ein Prozess, der die Gesellschaft korrumpiert. Wir sind eine Gesellschaft, die angesichts von Verbrechen solchen Ausmaßes schweigt. Es ist eine Gesellschaft, von der ich mich trennen muss, so schmerzhaft es auch für mich ist. Ich sage immer wieder, dass ich mich weigere, mich an einem Genozid mitschuldig zu machen. Wenn diese Aussage dazu führt, dass ich die israelische Öffentlichkeit weniger gut erreiche, ja, selbst wenn es mir schadet, diesen Satz auszusprechen, dann soll es so sein.“

Kontakte

Yesh Gvul: www.yesh-gvul.org.il/english
Mesarvot: www.facebook.com/mesarvot
New Profile: www.newprofile.org/en
Refuser Solidarity Network: refuser.org

Aus dem Netzwerk

Berichte und News

Türkei

Europarat setzt sich ein

(13. Juni 2024) Das Ministerkomitee des Europarates, das die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte überwacht, setzt sich für türkische Kriegsdienstverweiger*innen ein. Das Komitee weist darauf hin, dass mehrere Betroffene nach wie vor mit „zahlreichen Einschränkungen in ihrem täglichen Leben konfrontiert sind, was einer Situation des zivilen Todes gleichkommt“ und Strafverfahren anhängig sind. Es fordert die türkische Regierung „nachdrücklich auf, unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Verletzung der Rechte der Kläger zu beenden.“

Litauen

Von Abschiebung bedroht

(31. Juli 2024) 60 Organisationen setzen sich dafür ein, dass die belarussischen Kriegsdienstverweigerer Vitali Dvarashy und Mikita Sviryd von Litauen als Flüchtlinge anerkannt werden. Beide waren abgelehnt worden und standen vor der Abschiebung: trotz einer möglichen

rechte dazu verurteilt, das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung anzuerkennen. Das Land folgte dieser Aufforderung aber nur bei Zeugen Jehovas. Angehörige anderer Religionsgemeinschaften und nicht-religiöse Kriegsdienstverweiger*innen unterliegen oft der Strafverfolgung.

Friedenspreise

Ausgezeichnete Arbeit

(Oktober und November 2024) Die Bewegung für Kriegsdienstverweigerung, Nash Dom und die Ukrainische Pazifistische Bewegung wurden am 4. Oktober 2024 von der DFG-VK für ihre Arbeit mit dem Ludwig-Baumann-Friedenspreis ausgezeichnet.

Connection e.V. erhielt am 3. November in Freiburg den Helga-und-Werner-Sprenger-Friedenspreis der INTA-Stiftung.

Postkarten zu Weihnachten

Unser Angebot

(14. November 2024) Postkarten zu Weihnachten verschicken? Wir haben das ultimative Angebot: Unsere neu gestaltete 5-teilige Postkartenkollektion versenden



Verfolgung aufgrund ihrer Desertion. Sie konnten sich dem nur entziehen, indem sie untertauchten. Die Organisationen wiesen auf die Stellungnahme der UN-Sonderberichterstatterin Anaïs Marin hin, wonach die Menschenrechtslage in Belarus alarmierend ist. Zudem hob sie hervor, dass „die Regierung [von Belarus] aktiv die militärische Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unterstützt“.

Armenien

2-jährige Haftstrafe

(20. August 2024) Die Polizei nahm den 21-jährigen Kriegsdienstverweigerer Davit Nazaretyan fest. Er war zuvor zu zwei Jahren Haft verurteilt worden, weil er den zweijährigen Militärdienst nicht antrat. Das berichtet das Nachrichtenmagazin Forum 18. Armenien wurde 2011 vom Europäischen Gerichtshof für Menschen-

wir incl. Umschläge gegen eine Spende von zumindest 50 €. Bitte geben Sie in der Überweisung das Stichwort „Postkarte“ und Ihre Adresse an, damit wir das Set zusenden können. Konto siehe unten. Sie können das Postkartenset auch bestellen über www.Connection-eV.org/shop.

Netzwerk intern

Danke für die Spenden

(25. November 2024) Wir danken für die Unterstützung der **#ObjectWarCampaign**. Damit können wir die Arbeit mit und für Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine weiter voran treiben. Bislang konnten wir fast 390.000 € für diese Arbeit einwerben. Aufgewendet haben wir bislang über 350.000 €, vor allem zur Unterstützung der Initiativen, die in dem am Krieg beteiligten Ländern aktiv sind.

Connection e.V.

Internationale Arbeit zu Kriegsdienstverweigerung und Desertion

Wir setzen uns für ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein. Wir unterstützen verfolgte Kriegsdienstverweiger*innen in Zusammenarbeit mit Gruppen und Organisationen, die sich in ihren Ländern gegen Krieg, Militär und Militärdienstpflicht engagieren.

Die prekäre Situation im Herkunftsland zwingt viele Kriegsdienstverweiger*innen zur Flucht. Die Verweigerung wird jedoch zumeist nicht als Asylgrund anerkannt. Wir bieten ihnen Beratung und Unterstützung an. Zudem fördern wir die Selbstorganisation von Geflüchteten.

Derzeitige Schwerpunktländer unserer Arbeit sind Russland, Belarus, Ukraine, Türkei, Israel, Eritrea, Kolumbien, Südkorea und Thailand.

Connection e.V. wurde mehrfach ausgezeichnet: 1996 mit dem Aachener Friedenspreis, 2001 mit dem Siegmund-Schultze-Förderpreis, 2009 mit dem Martin-Niemöller-Stiftung Förderpreis, 2024 mit dem Internationalen Bremer Friedenspreis und dem Helga-und-Werner-Sprenger-Friedenspreis

Spendenaufruf

#ObjectWar Campaign #StandWithObjectors

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Unterstützung von Deserteur*innen und Verweiger*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine. Dafür gibt es ein eigenes Spendenkonto bei Connection e.V.:

IBAN DE47 5055 0020 0006 0853 77
Sparkasse Offenbach, BIC HELADEF1OOF

Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Für eine Spendenquittung bitten wir um Angabe Ihrer Adresse. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Weitere Infos

Hier veröffentlichte Artikel und weitere Informationen: www.Connection-eV.org. Mehr zur **#ObjectWarCampaign**: www.objectwarcampaign.org.

Impressum

Beilage in der Wochenzeitung *der Freitag*
28. November 2024

Fotos und Zeichnungen: Connection e.V., Zani Arkadina, Oren Ziv, Quer TV, privat
ViSDP: Rudi Friedrich, Connection e.V.

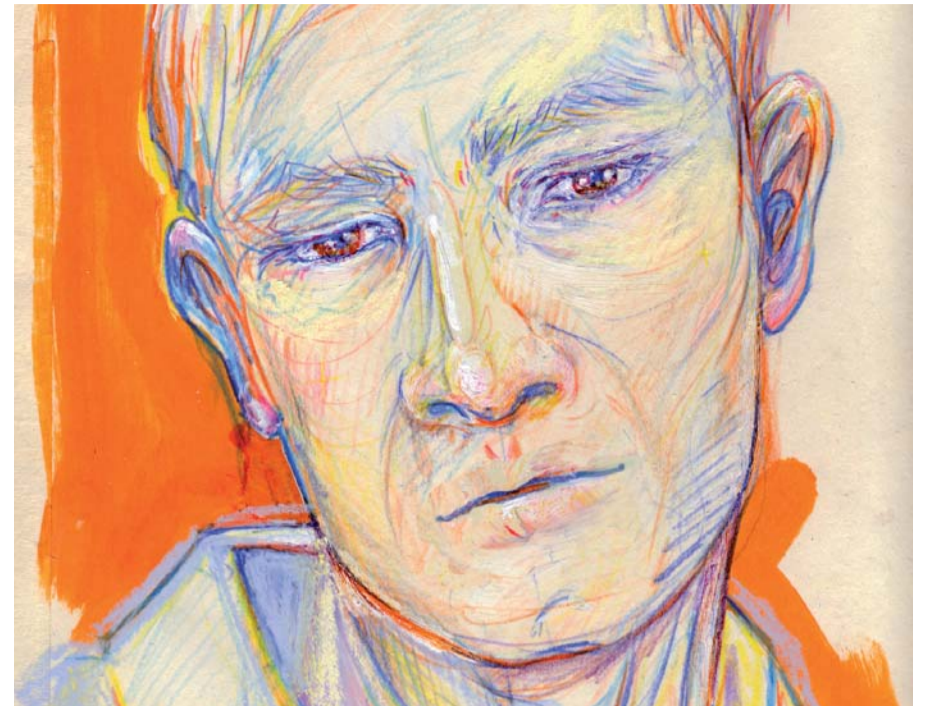
Herausgegeben von **Connection e.V.**
Von-Behring-Str. 110, 63075 Offenbach
Tel.: 069 8237 5534
office@Connection-eV.org
www.facebook.com/Connection.eV
www.Connection-eV.org



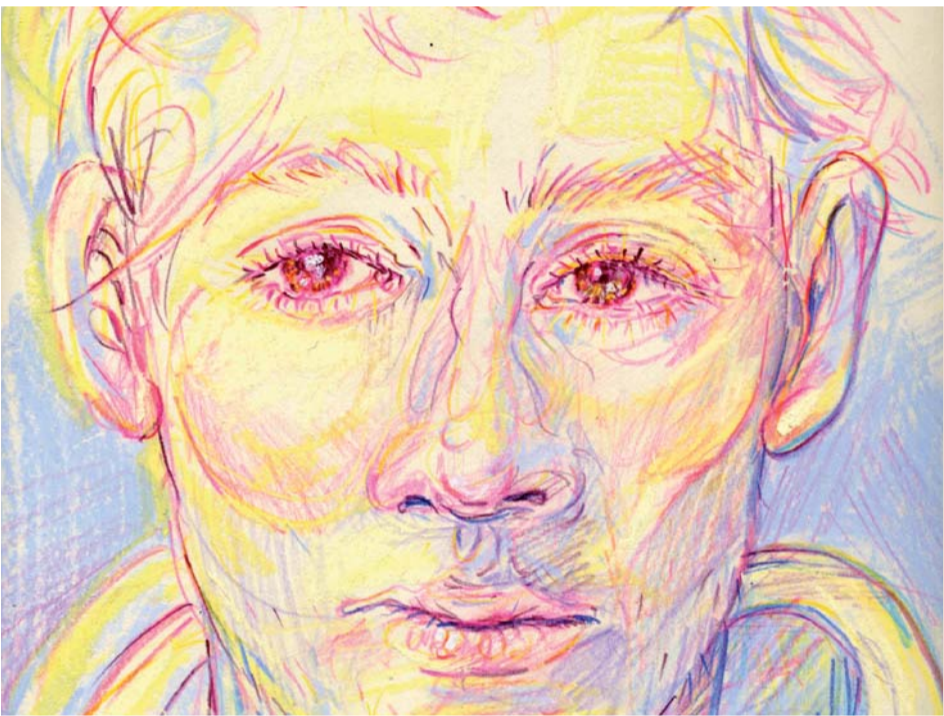


Ich werde nicht einem Land dienen, das sich nicht um meinesgleichen und mich kümmert. Ich werde auch niemals unter einer Flagge dienen. Ich halte die Wehrpflicht für ein Mittel zur Indoktrination und für einen Versuch, unseren rebellischen Geist zu brechen.

**An eine neue deutsche Bundesregierung:
Bitte berücksichtigt bei euren Kriegsplanungen:
Rechnet nicht mit uns!**

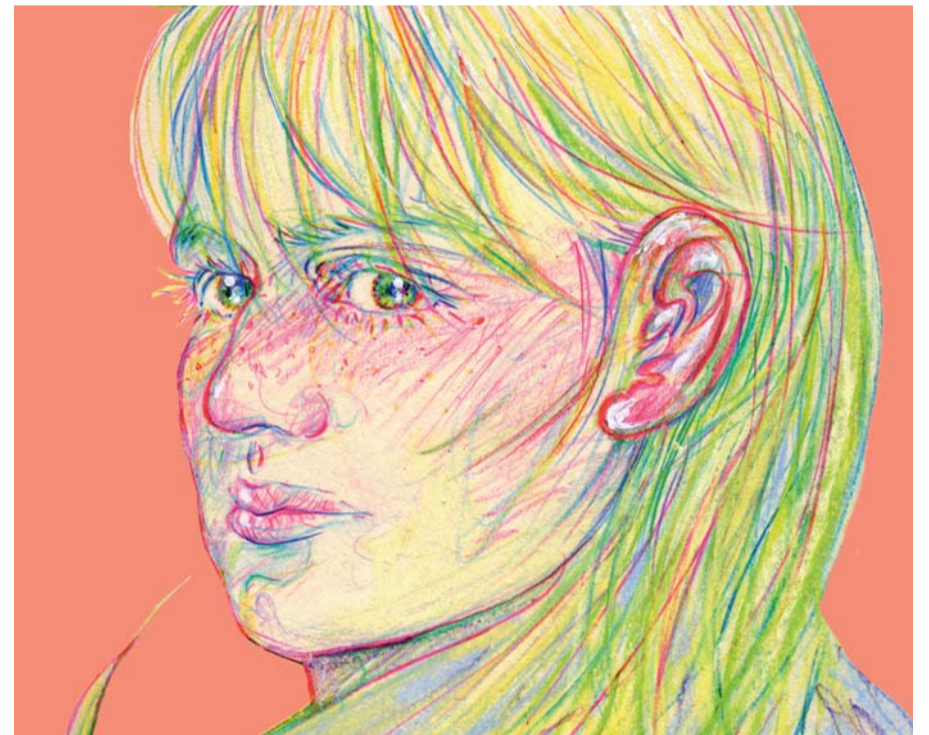


Letztendlich ist es egal, wer einen Krieg begonnen hat. Angesichts des Menschlichen selbst, ist das Einzige, was zählt, wer ihn beenden wird.

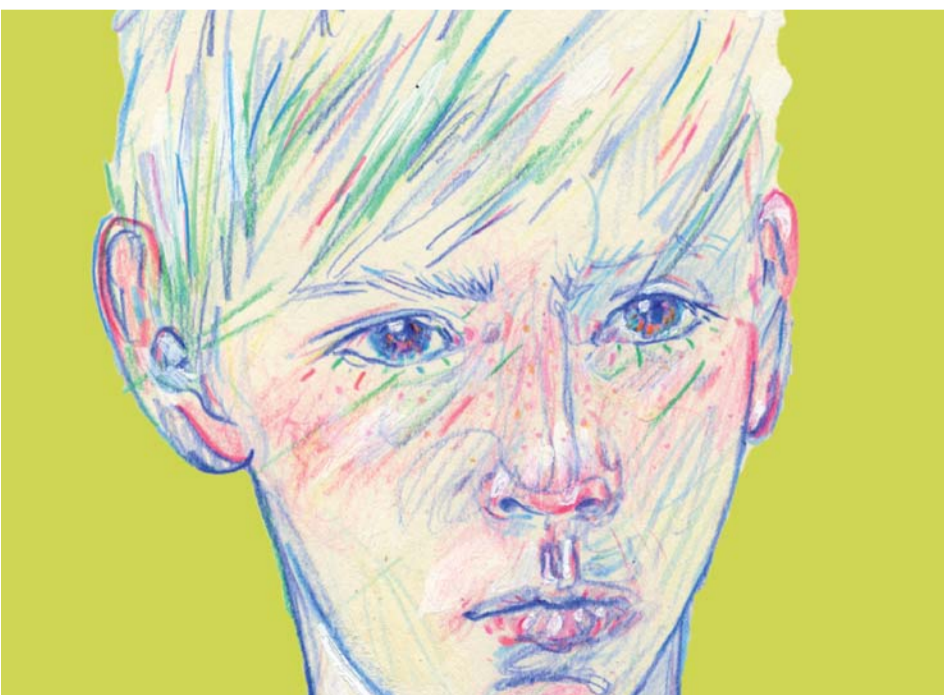


Es ist einer freien und demokratischen Gesellschaft unwürdig, Menschen zu Zwangsarbeit zu zwingen. Sklaverei ist eine Menschenrechtsverletzung erster Klasse und durch nichts zu rechtfertigen. Sklaverei bleibt Sklaverei - auch dann, wenn man sie als „Dienstpflicht“ euphemistisch umbenennt.

**Wir wenden uns gegen Wehrpflicht und Kriegsvorbereitung.
Wir setzen uns ein für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung.**

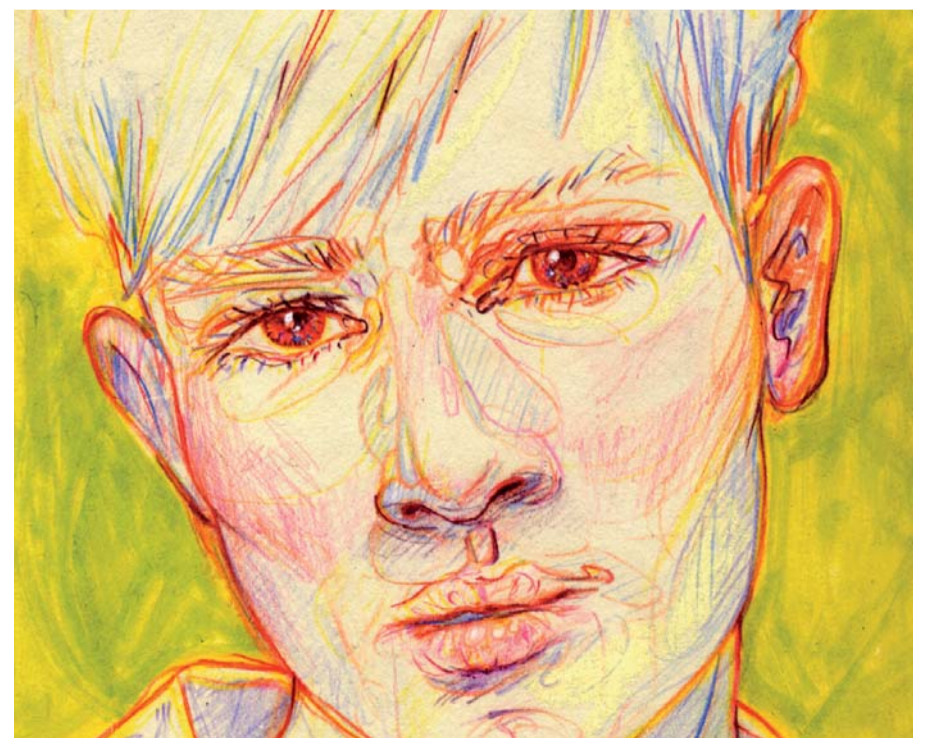


Wehrdienst geht oft Hand in Hand mit Ideologien und Nationalismus. Das kann ich nicht unterstützen. Ich sehe meine Aufgabe darin, für Frieden und Toleranz einzustehen.



Pflichtdienste in militärischen Strukturen stärken nur ein System, das ich ablehne. Wir sollten junge Menschen fördern, in Bildung, Gesundheit und sozialen Diensten aktiv zu sein.

**Wir sind solidarisch mit allen Kriegsgegner*innen weltweit.
Verfolgung von Kriegsdienstverweigerung muss Asylgrund werden!**



Wir werden nicht für eure Kriege herhalten. Wir erklären heute gemeinsam laut und klar, dass wir uns an keiner Kriegsvorbereitung beteiligen werden. Wir verweigern die Pflicht zum Töten. Wir werden keinem allgemeinen Pflichtjahr Folge leisten.